

„Dieses Werk wird gebaut werden“

Armin Soller und Christian Hirtreiter erzählen, wie es überhaupt zu dem Projekt von BMW auf ihrem Grund kam und von wie vielen Millionen Euro die Kommunen profitieren

Straubing-Bogen. Die Bürgermeister der Gemeinden Irlbach, Armin Soller, und Straßkirchen, Christian Hirtreiter, sitzen im Büro des Landrats Josef Laumer, vor jedem liegen Zettel mit Notizen. Sie sind bereit für's Gespräch – bereit zu reden über den Bau des neuen BMW-Werks, Arbeitsplätze und Befürchtungen von einigen Bürgern.

Wie ist es überhaupt dazu gekommen, dass BMW den Neubau hier plant? Stimmt es, dass sich die Gemeinde Irlbach aktiv beworben hat?

Armin Soller: Irlbach hat sich mit einer Fläche in der Gemeinde Irlbach bei der Ansiedlungsagentur Invest in Bavaria des Wirtschaftsministeriums beworben. Straßkirchen war da nicht dabei. Die Angebotsfläche umfasste 30 Hektar im Spätsommer 2021.

Manche Kleinbetriebe aus der Region, speziell aus Ihren Gemeinden fürchten, dass ihre Mitarbeiter zu BMW abwandern. Wie bewerten Sie diese Sorgen?

Soller: Wir sind mit den BMW-Mitarbeitern in der Schnittstelle zwischen den Werken in Regensburg und Dingolfing. Wir haben im Radius von 20 Kilometern rund 7500 Mitarbeiter. Die Elektromobilität ist nicht so arbeitsintensiv wie der Verbrenner. Deshalb gehe ich davon aus, dass eine Umschichtung von den anderen Werken folgt, aber auch eine Neueinstellung. Die Leute aus dem Bayerischen Wald und Umgebung fahren alle an uns vorbei, auch Deggendorfer oder Passauer werden sich zu uns bewerben. Wir haben keine Befürchtung, dass ein Raubbau an Arbeitsplätzen bei den örtlichen Unternehmen stattfindet.

Christian Hirtreiter: BMW hat jüngst bekräftigt: Sollte dieses Werk nicht da sein, dann werden diese Arbeitsplätze, die es jetzt in Dingolfing und Regensburg gibt, in dieser Art und Weise nicht mehr erhalten bleiben können. Das ist nicht nur ein Aufbau von Mitarbeitern, es geht auch darum, die Arbeitsplätze in der Gesamtheit und den Wohlstand in unserer Region, der in hohem Maße auch von BMW abhängt, zu halten.

Josef Laumer: Wenn ein BMW-Mitarbeiter aus Regen und Freyung-Grafenau nach Dingolfing fährt, fährt er hier bei uns vorbei. Ich kenne die Sorgen der Unternehmen und nehme diese auch ernst, aber schon heute gibt es doch für viele Leute aus dem Landkreis auch die Möglichkeit, in Regensburg oder Dingolfing bei BMW zu arbeiten. BMW hat eine Strahlkraft in ganz Nieder- und Ostbayern. Und wie schon gesagt wurde: Es geht auch um die Zukunft der Werke in Ostbayern in der Gesamtheit – und der entsprechenden Zulieferer. Denn das Verbrenner-Aus wird ansonsten auch zahlreiche Arbeitsplätze kosten.

Gibt es schon konkretere Zahlen zu den Arbeitsplätzen?

Hirtreiter: Es sind 1600 zukunftssichere Arbeitsplätze und 50 Ausbildungsplätze im ersten Bauabschnitt. In einem Umkreis von rund 20 Kilometern um den geplanten Standort leben heute bereits rund 7500 BMW-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für viele wird eine Tätigkeit am neuen Standort den Weg zum Arbeitsplatz stark verkürzen.

Ist es nach wie vor so geplant: 65 Hektar im ersten Bauabschnitt, später noch mal 40 Hektar und eine weitere Fläche mit Ankaufsrecht?

Hirtreiter: Ja. Die Fläche, bei der ein Ankaufsrecht besteht, ist



Immer wieder kritisieren Bürger die fehlende Beteiligung seitens der Gemeinden Irlbach und Straßkirchen. Die beiden Bürgermeister Armin Soller (Mitte) und Christian Hirtreiter (r.) sowie Landrat Josef Laumer erklären im Interview, wie sie die Bevölkerung künftig an dem Projekt teilhaben lassen wollen. Foto: Marie Schmid

auf 29 Hektar reduziert. Hier gibt es aber im Moment keine Planungen.

Wie wird sich die Gewerbesteuer auf die beiden Gemeinden verteilen?

Hirtreiter: Wir haben das große Glück, dass es ein Stammwerk von BMW sein wird und die Gemeinden Irlbach und Straßkirchen natürlich von den Gewerbesteuereinnahmen profitieren werden. Ab dem ersten Bauabschnitt bis voraussichtlich 2028 werden diese im hohen einstelligen Millionenbereich liegen. Das Geld wird uns in der Verwaltungsgemeinschaft Straßkirchen helfen, weitere Projekte zu stemmen.

Beispielsweise die Modernisierung der Kläranlage. Aber es stehen auch Investitionen in Kindergarten, Schule, Bausubstanzen an. Das muss man sich auch leisten können. Und wir haben dann die Möglichkeit, uns diese Dinge leisten zu können, von denen alle Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde profitieren und die ansonsten nicht möglich wären.

Soller: BMW wird in naher Zukunft seine Betriebsstätte gründen und ab dem Zeitpunkt sind sie gewerbesteuerpflichtig. Und wir haben Projekte, die anstehen. Gerade die unabhängig von BMW anstehende Sanierung der Kläranlage belastet die Gemeinden sehr. Und wenn wir wissen, dass wir finanzstärker werden, müssen wir die Gebühren nicht weitergeben. So wird auch der Bürger eine Entlastung spüren.

Und wie teilt sie sich auf?

Hirtreiter: Wir können steuerrelevante Bereiche nicht in der Öffentlichkeit bekanntgeben. Wir können aber sagen, dass es unter Berücksichtigung der Belastungen und der Aufgabenstellung in einem partnerschaftlichen Verhältnis aufgeteilt ist. Es wird immer so dargestellt, dass verschiedene Sachen nicht in der Öffentlichkeit sind. Aber wenn Ende Februar 2023 die letzten Grundstücksverträge unterzeichnet worden sind, kann der Vorhabensträger vorher auch nicht an die Öffentlichkeit gehen. Wir haben in den Gemeinderäten im Juli 2022 Abstimmungen gehabt, die waren beide einstimmig. Alle Zahlen waren zu dem Zeitpunkt natürlich noch nicht fix. Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass wir das Zukunftsprojekt anschieben wollen,

wohlwissend, dass verschiedene Sachen mitzutragen sind. Aber wir gehen davon aus, dass es eine nachhaltige Investition ist und BMW ein verlässlicher Partner für die Zukunft.

Laumer: Wir sind durch die Umlagekraft auch Nutznießer der Steuereinnahmen der Gemeinden. Das Geld kann für Pflichtaufgaben und auch freiwillige Aufgaben im sozialen Bereich des Landkreises dienen.

Ein viel genanntes Argument der Gegner ist der Verkehr, der durch Straßkirchen fließen wird. Was sagen Sie dazu?

Laumer: Seit vielen Jahrzehnten arbeiten wir an einer Umfahrung in Straßkirchen, weil es der einzige Ort im Landkreis ist, durch den eine Bundesstraße geht. Natürlich muss man alle rechtlichen Verfahren abwickeln. Aber ich bin sehr zuversichtlich, auch dank des Gesprächs mit den Vertretern des Staatlichen Bauamtes (Anm. d. Red.: Am Montag fand ein internes Gespräch mit allen beteiligten Fachstellen sowie BMW im Landratsamt statt), dass die Umgehung vielleicht schneller passiert, als es jetzt gegebenenfalls wäre. 80 Prozent der Lastwagen werden nicht durch Straßkirchen fahren, sondern zur A92-Anschlussstelle Plattling. Außerdem wird so gut wie kein einziger Lastwagen den Weg über Altenbuch in Richtung Wallersdorf fahren.

Hirtreiter: Wir haben es geschafft, dass wir im Bundesverkehrswegeplan in den erweiterten Bedarf mit Planungsrecht aufgenommen wurden. Dadurch, dass eine BMW-Ansiedlung in greifbare Nähe rückt, ist die Umgehungsstraße ein besonderer Fokus. Dass der Schwerlastverkehr zunimmt, liegt an den Logistikzentren in Wallersdorf. Im Moment werden drei Varianten geprüft. Und die Aussage vom zuständigen Staatlichen Bauamt Passau ist, dass bis in wenigen Monaten die Trassenfestlegung erfolgt. Außerdem ist von BMW zugesichert, dass Vereinbarungen getroffen werden, dass die Routen vertraglich festgelegt und die Einhaltung regelmäßig überprüft werden – auch bereits während der Bauphase.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die

Flächenversiegelung. Was sagen Sie dazu?

Soller: Wir möchten die Akzeptanz bei der Bevölkerung noch mehr erhöhen und vor Ort ausgleichen. Im Gemeindegebiet Irlbach werden wir den Ausgleich in Form von Feuchtwiesen für die Flora und Fauna gestalten. Und das will im Übrigen auch BMW, das ist ihnen wichtig.

Laumer: Dieses Werk wird gebaut werden – wenn nicht bei uns, dann woanders und wenn nicht in Deutschland, dann im Ausland. Wie schon angesprochen, hätte dies mittel- bis langfristig fatale Folgen für die hiesigen BMW-Standorte und Zulieferer und die dort Beschäftigten. Natürlich ist das Bestreben, die Flächenversiegelung so gering wie nötig und die Ökostandards so hoch wie möglich zu halten. Und klar ist auch: Landwirtschaft im Gäuboden wird es auch danach noch geben.

Wie möchten Sie die Bürger in Zukunft am Projekt teilhaben lassen?

Hirtreiter: Es gibt drei öffentliche Auslegungen im Zuge des Verfahrens und auch wieder einen öffentlichen Informationsmarkt durch die beiden Gemeinden. Das Genehmigungsverfahren startet mit dem öffentlichen Aufstellungs-

beschluss, den wir im Planungsverband Ende April 2023 planen. Das Verfahren wird aus mehreren Teilen bestehen unter anderem der Änderung des Flächennutzungsplans, der Aufstellung eines Bebauungsplans und möglicherweise einem Raumordnungsverfahrens bei der Regierung von Niederbayern, die dafür zuständig ist. Bei allen Schritten ist die Öffentlichkeit eingebunden. Die erste öffentliche Auslegung der Planunterlagen soll nach heutigem Stand Ende Mai 2023 stattfinden – wegen der Pfingstferien für sechs statt wie sonst üblich für vier Wochen. Die zweite öffentliche Auslegung einschließlich der bis dahin vorliegenden Fachgutachten wird im Herbst 2023 stattfinden. Die exakten Termine werden sich im Laufe des Verfahrens herausstellen. Mir ist die Beteiligung der Öffentlichkeit ein sehr wichtiges Anliegen. Mehr Fragen und Antworten unter www.idowa.plus

Interview: Franziska Brown und Marie Schmid

„Wir haben eine neue Ära der Mobilität“

„Im Moment werden drei Varianten geprüft“